

# Politwerbung auf Kosten der Steuerzahler

Von Dieter Grillmayer

---

Dr. Andreas Unterberger (\* 1949) war von 1995 bis 2004 Chefredakteur von „Die Presse“ und hatte von 2005 bis 2009 diese Funktion bei der amtlichen „Wiener Zeitung“ inne; seit seiner Pensionierung betreibt er unter [www.andreas-unterberger.at](http://www.andreas-unterberger.at) einen „Blog“ (Abk. für „Weblog“, einer Wortkreuzung aus „Web“ und „Log“ für Log- oder Tagebuch), in dem der promovierte Jurist täglich zu aktuellen politischen Themen aus wertkonservativ-rechtsliberaler Sicht Stellung bezieht. Vernunftorientiert, wie er das tut, trifft er dabei oftmals meine Sicht der Dinge. Seine etwas pointiertere Wortwahl dürfte mit seinen persönlichen Erfahrungen zusammenhängen, wovon noch die Rede sein wird. Ein „Rechtspopulist“, wie er in den rot-grünen Kreisen abschätzig bezeichnet wird, ist er jedenfalls nicht, weil es für jede Art von Populismus kennzeichnend ist, dem „Volk nach dem Mund“ zu reden, und das tut Unterberger keineswegs.

So schließt er sich auch nicht dem aktuellen Kurz-Bashing an, wiewohl er dem Exkanzler sehr wohl gravierende Fehler ankreidet, zunächst einmal, auf falsche Freunde wie Thomas Schmid hereingefallen zu sein und mit diesem eine völlig überflüssige Intrige gegen Reinhold Mitterlehner gestartet zu haben, die ihm jetzt auf den Kopf gefallen ist. Vor allem aber hätte er die Ibiza-Affäre nie dazu benützen dürfen, die erfolgreiche Regierungszusammenarbeit mit den Freiheitlichen zu zerstören. War HC Straches Vergehen im Vergleich zu den Vorwürfen, mit denen Kurz nunmehr konfrontiert ist, ohnehin eher harmlos und ist dieser dafür auf der Stelle zurückgetreten, so war der Affront gegen einen damals weitgehend untadeligen Herbert Kickl nur auf Neuwahlen angelegt, um dabei von der FPÖ Stimmen abzuräumen. Kurz habe sich damit nicht nur einen (v)erbitterten Gegner zugelegt und das politische Klima zwischen den beiden bürgerlichen Parteien vergiftet, er habe sich mit den Grünen auch einen Partner eingehandelt, der ihn jetzt zum Rücktritt gezwungen hat.

Auch hinsichtlich der rein sachlichen Beurteilung der „Affäre Kurz“ gehe ich mit Andreas Unterberger weitgehend konform: Inwieweit aufgrund der nunmehr veröffentlichten Chat-Protokolle dem Exkanzler persönlich ein strafbarer Tatbestand angelastet werden kann, das ist derzeit nicht absehbar. Aber aus ihnen ergibt sich jedenfalls ein verheerendes Sittenbild. Allerdings hätte die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft (WKStA) die Protokolle nicht veröffentlichten müssen, und ob die grüne Justizministerin ihre Staatsanwälte diesbezüglich nicht hätte einbremsen können, das darf ebenfalls hinterfragt werden. Nicht hingegen die Unabhängigkeit der Justiz, denn das kann ins Auge gehen.

Die enge Verflechtung zwischen (Regierungs-)Politik und Medien ist für den kritischen Beobachter der politischen Vorgänge in diesem Land allerdings wenig überraschend. Den Verlust an intellektueller Redlichkeit und Kultur beklage ich schon lange. Die nunmehr im Raum stehende Manipulation von Meinungsumfragen war mir zwar bisher nicht bewusst, umso mehr aber hatte ich schon lange den (durch Beispiele erhärteten) Verdacht, dass eine dem Auftraggeber zugutekommende Berichterstattung mit Steuergeld „erkauft“ werden kann. Und das trifft leider nicht nur auf Fellners „Österreich“ zu, auch wenn andere Medien dieses Bild nun zu zeichnen versuchen. Andreas Unterberger äußert sich in diesem Zusammenhang in seinem Kommentar vom 7. Oktober 2021 wie folgt:

*Der (im Vergleich zum aktuellen) quantitativ und qualitativ viel größere Skandal ist die von der SPÖ schon im Wiener Rathaus entwickelte Methode, sich das Wohlwollen williger oder*

*gieriger Medien durch Inserate und Kooperationen zu kaufen, die freihändig an diese vergeben werden. Diese Methode ist dort insbesondere unter der Verantwortung des Stadtrats Faymann, aber auch des Bürgermeisters Häupl entwickelt worden. Das habe ich auch selber daran gemerkt, als bei den beiden Zeitungen, wo ich Chefredakteur war, den Anzeigenakquisiteuren – die baten, dass auch unsere Zeitung Rathaus-Inserate bekommen sollen wie die Boulevardblätter, – im Rathaus beschieden worden ist: „Solange der Unterberger Chefredakteur bei euch ist, bekommt ihr gar nichts.“*

Was Unterberger an dieser Stelle, möglicherweise mit Rücksicht auf seine ehemaligen Arbeitgeber und Nachfolger, nobel verschweigt, das ist die Tatsache, dass er im Jahr 2004 mit 55 Jahren ohne triftigen Grund als „Presse“-Chefredakteur abgelöst worden ist und fünf Jahre später als Chefredakteur der „Wiener Zeitung“ in Pension gehen musste. Man kann davon ausgehen, dass die Anstellung bei der im Besitz der Republik Österreich befindlichen „Wiener Zeitung“ durch Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP) veranlasst worden ist. 2009 konnte der für Unterberger allerdings nichts mehr tun; Bundeskanzler war damals schon Werner Faymann (SPÖ).

Zuletzt: Viel wird derzeit von „Aufarbeitung“ und einem „Neuanfang“ gesprochen. Nichts gehört oder gelesen habe ich allerdings bisher davon, dass die Unart, bei den Printmedien durch Inseratenaufträge eine geneigte Berichterstattung zu erkaufen, leicht abgestellt werden könnte. Bei unseren deutschen Nachbarn wurde aus aktuellem Anlass mehrmals auf ein Gesetz von 1977 verwiesen, welches es allen Regierungsstellen (Bund, Länder, Gemeinden) verbietet, freihändig Inserate zu vergeben. Ein derartiger „Skandal“ wie in Österreich könne in der BR Deutschland daher gar nicht Platz greifen. Also her mit diesem Gesetzestext, der im österr. Parlament doch gewiss auf einhellige Zustimmung stoßen dürfte!

dgm/16. Oktober 2021